

Walbins Regierungsprogramm.

Neuer meldet: Von zuständiger Seite wird erklärt, daß keine Verhandlungen begonnen worden sind, um dem Regierung bei der Fortführung ihrer Politik die liberale Unterstützung zu gewinnen. Die Regierung beschließt sich im Augenblick mit keinem derartigen Plan. Das Programm der Regierung für die nächste Parlamentsession wird wahrscheinlich Walbins Schutzvorschlüsse nicht enthalten, aber voraussichtlich Gesetzentwürfe einschließen bezüglich der Ratifizierung der Beschlüsse der Reichskonferenz über die Entwicklung des Handels innerhalb des britischen Reiches, über die Verbesserung der Verkehrsmittel zwischen den einzelnen Teilen des Reichs usw. Die Regierung wird einen ernstlichen Versuch machen, die Annahme dieser Gesetze durch das Parlament zu erreichen, ohne Anlaß zu irgendwelchen Streitigkeiten zu geben. Herdortragende konföderative Persönlichkeiten erklären, das Dreiparteiensystem habe schon zwischen 1910 und 1914 bestanden, als die Asquith-Regierung sich mit Hilfe der irischen Nationalisten im Amt hielt.

Rußlands auswärtige Beziehungen.

Moskau, 12. Dez. Kamenev wurde zum Präsidenten des neuen Moskauer Sowjets wiedergewählt. In seiner Eröffnungsrede betonte er die Festigung der internationalen Lage der Sowjetrepublik. Er wies u. a. auf die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Italien, die in allerhöchster Zukunft in vollem Umfange bevorstehen, hin. Coolidge's Erklärungen sei der Wendepunkt in der amerikanischen Politik bezüglich Rußlands. Die Sowjetregierung strebe eine Verständigung mit Amerika an: sie sehe keinerlei ernste Hindernisse für die Wiederaufnahme der Beziehungen. Die Ergebnisse der englischen Parlamentswahlen verletzten die Unzufriedenheit des englischen Volkes mit der bisherigen englischen Außenpolitik, u. a. auch gegenüber den Sowjetrepubliken.

Lohnabbau im Ruhrbergbau.

Essen, 12. Dez. Wie in anderen Industriezweigen, z. B. in der Eisenindustrie und wie in der chemischen Industrie, tritt auch im Ruhrkohlenbergbau für die laufende Woche eine gewisse Lohnermäßigung ein, indem der zu dem Goldmarklohn von 4,20 M. bemessene Teuerungszuschlag von 25 Prozent auf 10 Prozent abgebaut wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen für den Teuerungszuschlag nach der Befestigung der Ruhrdifferenzen und den nicht unerheblich gesunkenen Lebensmittelpreisen fortgefallen sind. So ist beispielsweise der Lebensmittelmultiplicator Essens von einem Stande von zwei Personen auf eine Million gefallen.

Kleine Mitteilungen.

Ein neues Gemeindevahlgesez für Preußen haben die vier Sozialistparteiern jedoch im Landtag eingebracht. Danach sollen die Gemeindevahlen am 9. März 1924 stattfinden, aber nur in den Städten und Landgemeinden, deren Gemeindevereinigungen schon vor dem 1. Januar 1923 gewählt sind. Der Antrag regelt noch einige weitere Punkte des Gemeindevahlgesezes.

Kein Disziplinerverfahren gegen Matzahn. Der Antrag des Staatssekretärs v. Matzahn auf Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen sich selbst wegen seines Briefes über die Besoldungsordnung wird keine weiteren Folgen nach sich ziehen.

Verbot des Erwerbstosen-Kongresses. Der General v. Seeck hat die Abhaltung des Reichskongresses der Erwerbstosen und Kurzarbeiter, der am 16. Dezember in der „Neuen Welt“ in der Sassenheide bei Berlin zusammenzutreten sollte, verboten. Der Grund dafür ist die Verbreitung von Flugblättern des vorbereitenden Komitees, in denen zum bewaffneten Auffstand und zur Ausschaltung der Diktatur des Proletariats aufgerufen wurde.

Verbot radikaler Verbände in Sachsen. Der Militärbefehlshaber des Westkreises 4 hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September außer den bereits betroffenen Parteien noch die Organisationen und Einrichtungen der folgenden Verbände verboten: 1. die Allgemeine Arbeiterunion (einschließlich der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands); 2. die sozialistische Arbeiterföderation und 3. den Bund Internationaler Kriegesopfer.

Wahlreform in Spanien. Aus Madrid wird gemeldet: „Liberal“ nennt unter den zunächst auszuführenden Plänen der Regierung die Umgestaltung des Wahlgesezes auf der Grundlage von Verhältniszahlen.

Luis von Sachsen im Glend. Die frühere Kronprinzessin Luis von Sachsen, geb. Prinzessin von Toskana, später Montigny genannt, die jetzt in Brüssel lebt, ist in diese Not geraten. Sie bewohnt in einem Brüsseler Armenviertel eine aus einem kleinen Zimmer und einer Küche bestehende Wohnung. Vorübergehend hatte sie eine Stellung in einer Familie als Stütze angenommen, jetzt sucht sie die Kosten ihrer Ernährung durch Sprach- und Musikstunden aufzubringen.

Weitere Senkung der Preise. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge rechnet man in unterrichteten Kreisen, wenigstens für eine Anzahl von Waren, mit einer weiteren Senkung der Preise. Der Preis für das Einheitsbrot ist für Berlin von 72 auf 69 S herabgesetzt worden.

Familien drama. In Nürnberg hat sich die Frau des bairischen Landtagsabgeordneten Brägel mit ihren beiden Kindern im Alter von zwei und drei Jahren durch Leuchtgas vergiftet. In einem hinterlassenen Brief erklärt Frau Brägel, daß sie die Tat wegen familiärer Missverständnisse begangen habe.

In dem Wallfahrtsort Covadonga (Spanien) wurde eine zur Mutter-Gottes-Statue gehörende, mit Gold und Diamanten besetzte Krone im Werte von 3 Millionen Pesetas gestohlen.

Tagesbericht.

Bergedorf, 13. Dezember.

Die Grundsteuer vor der Hamburger Bürgerschaft

Die vom Senat beantragte Änderung des Grundsteuergesezes, wonach die Grundsteuer wie bisher nach den Mieten erhoben und auf Gold abgestellt wird, bildete in der gestrigen Sitzung des hamburgischen Parlaments den Gegenstand eingehender Beratung. Zu dem Senatsantrag, über dessen Inhalt wir am letzten Montag bereits näheres mitgeteilt haben, liegt folgender Antrag von Bill (Dem.), Lehmann (Soz.), Dr. Nagel (Dn.), Dr. Schröder (D. Wp.) vor: „Die Bürgerschaft beschließt, daß zunächst für Januar 1924 eine Grundsteuer in Höhe von 12 v. H. des Mietwertes für bebauten Grund in Stadt und Landgebiet erhoben wird. Die Hälfte dieses Ertrages soll verwandt werden zur Abdeckung der bisher entstandenen Kosten des Kleinwohnungsbaues und der zur Herstellung der angefangenen Bauten weiter erforderlichen Kosten sowie zur Förderung des Baues neuer Kleinwohnungen im Jahre 1924. Das Wohnungsbauabgabegesez wird mit Wirkung vom 1. Januar 1924 aufgehoben.“

In der Aussprache beantragte Dr. Bohnert (Dn.), den das Landgebiet betreffenden Teil des Gesezes einem Ausschuss zur nochmaligen Prüfung zu überweisen. Das Gesez ist nach seiner Meinung für die Landwirtschaft untragbar. Die Landwirte müßten Kapital aufnehmen oder zur ersiebigen Wirtschaft übergehen. Das würde die Gesamtheit schädigen. Der Landherr Senator Stubbe habe sich den Interessen der Landwirte nicht geneigt gezeigt. So habe er den Landwirten nicht die Fenner Mogenen als Pacht für einen Morgen Land zur Verfügung gestellt. Der Landherr Senator Stubbe verweigert sich gegen diese Behauptung. Lehmann (Soz.) spricht für Annahme des interfraktionellen Antrages, der ein Ergebnis des Steueraussschusses sei. Hane (D. Wp.) ist der Meinung, daß der Staat die Grundsteuer auf 12 Proz. wie vor dem Kriege, festsetzen soll. Das bedeute zugleich eine Erhöhung der Mieten um 12 Prozent. Im übrigen hält er die Steuern für das Landgebiet für zu hoch und beantragt deshalb, die Sätze 2 und 3 in § 5 vorläufig abzulehnen. Wenn man den

ländlichen Grundbesitz zu sehr belastet, so würden die Landwirte nicht in der Lage sein, die Preise für ihre Erzeugnisse im Interesse der Bevölkerung zu senken. Staatsrat Dr. Lippmann hält die Grundsteuer für die Landwirte für nicht zu hoch, umso mehr als die Landabgabe am 1. Januar verschwindet. So wie das Gesez vorliegt, sei die Steuer nicht höher als die Sätze im Stadtgebiet. Dr. Eichholz (Dm.) betont, daß der Steueraussschuß in der Forderung der 12 Proz. Grundsteuer einmütig war. Der Wohnungsbau sei sehr wichtig. Wenn dem Senat 6 Proz. nicht genügt, so werde die Bürgerschaft gewiß zustimmen, daß die Bestimmung (Hälfte für den Wohnungsbau) wieder aufgehoben wird. Der Antrag Dr. Bohnert auf Ausschußüberweisung wird abgelehnt. In der Einzelberatung wird ein Antrag des Bergedorfer Bürgermeisters Wiesner (Soz.), die Grundsteuer der hamburgischen Gemeinden von der Steuer ebenso freizulassen wie die des Staates, angenommen. Gegen einen Antrag Dr. Bohnert, die Abschnitte 2 und 3 des § 5 (bezt. das Landgebiet) abzulehnen, wendet sich Wiesner (Soz.), da man den Landgemeinden die Steuer nicht verwehren dürfe, ebenso Staatsrat Dr. Lippmann: Man mache dem Reich ein Geschenk, wenn man diese hamburgische Realsteuer ablehne. Dr. Bohnert und Henningsen (Dn.) warnen noch einmal dringend davor, die Landsteuer zu sehr zu belasten; denn diese hätten keineswegs große Summen eingebracht, da für sie ja keine Möglichkeit bestanden läge, die Papiergeldmengen zu entwerfen. Bill (Dm.) meint, von einer Notlage der Landwirtschaft könne nicht gesprochen werden. Nach weiterer Beratung wird ein Antrag des Senats, die Bestimmung des § 5 des Gesezes, wonach die Grundsteuer der Landgemeinden von der Steuer ebenso freizulassen wie die des Staates, angenommen. Gegen einen Antrag Dr. Bohnert, die Abschnitte 2 und 3 des § 5 (bezt. das Landgebiet) abzulehnen, wendet sich Wiesner (Soz.), da man den Landgemeinden die Steuer nicht verwehren dürfe, ebenso Staatsrat Dr. Lippmann: Man mache dem Reich ein Geschenk, wenn man diese hamburgische Realsteuer ablehne. Dr. Bohnert und Henningsen (Dn.) warnen noch einmal dringend davor, die Landsteuer zu sehr zu belasten; denn diese hätten keineswegs große Summen eingebracht, da für sie ja keine Möglichkeit bestanden läge, die Papiergeldmengen zu entwerfen. Bill (Dm.) meint, von einer Notlage der Landwirtschaft könne nicht gesprochen werden. Nach weiterer Beratung wird ein Antrag des Senats, die Bestimmung des § 5 des Gesezes, wonach die Grundsteuer der Landgemeinden von der Steuer ebenso freizulassen wie die des Staates, angenommen.

Um die Beamtenbesoldung.

Die Hamburger Bürgerschaft beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung in einer sehr eingehenden und lebhaften Aussprache mit dem dringlichen Senatsantrag über die Änderung des Beamtenbesoldungsgesezes und Hinterbliebenengesezes, durch die die Beamtenbesoldung, entsprechend der Regelung im Reich, auf Gold bezügig umgestellt wird. Der Senat ließ die Vorlage durch den Staatsrat Dr. Schulz erläutern: Nur schwerer Herzen lege er dieses Gesez vor. Gehe doch aus ihm hervor, wie gering heute die Verbesserungsfähigkeit der Gemeinden und Länder ist. Zweifellos werde den Beamten eine schwere Zustimmung auferlegt, aber es sei zu hoffen, daß, wenn sich die Finanzlage des Reiches bessere, sehr bald an eine Aufbesserung der Gehälter herangezogen werden könne. Mit Befriedigung sei festzustellen, daß der Senat den Aufschlag von 17 Prozent für die Stadt Hamburg erreicht habe. In der anschließenden Debatte, die sehr erheblich auf das politische Gebiet abschweifte, wurde die Unzulänglichkeit der neuen Beamtenbesoldung mit mehr oder weniger großer Schärfe auf allen Seiten des Hauses betont, allerdings gleichzeitig resigniert anerkannt, daß unter dem Zwang des Sperrgesezes im Augenblick eine bessere Regelung nicht möglich ist. Ein Antrag Gressmühl (D. Wp.), den Senat zu eruchen: 1. den Beamten für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr eine Zwischenzahlung auszuzahlen, 2. dahin zu wirken, daß die Gehälter schon am 1. Januar 1924 gesetzlich aufgebessert werden, wurde abgelehnt. Derselben Schicksal betraf der Antrag Dr. Nagel und Roggatz (Dn.): 1. die Senatsvorlage abzulehnen, 2. den Senat zu eruchen, im Einvernehmen mit der bairischen Regierung eine bessere Besoldungsvorlage auszuarbeiten. (Große Heiterkeit.) Annahme fand folgender Antrag Leuteris und Vallerstaedt (Soz.): „Die Bürgerschaft nimmt die Senatsvorlage an, erucht aber den Senat, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß höhere Sätze für die Besoldung, besonders auch der unteren und mittleren Stellen alsbald geschaffen werden.“ Weiter ein Antrag Geh (Dem.), wonach die Mittel für die Gehälter aus dem Staatshaushalt entnommen werden sollten. Schließlich wurde die Senatsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Der Fünfzehnerausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der Verordnung über die Goldgehälter der Beamten. Seitens der Reichsregierung wurde darauf hingewiesen, daß es sich nicht vermeiden lasse, die Beamtenbesoldung an dem schweren finanziellen und wirtschaftlichen Druck zu beteiligen, der in Deutschland auf der Allgemeinheit lastet. Es sei jedoch zu hoffen, daß die jetzt normierten Goldgehälter nur eine Uebergangsmaßnahme bedeuteten. Sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatten, werde der Drückausgleich der Neuregelung der Mietzinsen entsprechend angepaßt. Der Fünfzehnerausschuß hat einen Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, die Grundgehälter der Beamten und die Sozialzulagen auf eine Höhe zu bringen, die den Lebensnotwendigkeiten mehr gerecht wird, sobald der Reichstag die dazu benötigten Mittel beschafft hat. In der Einzelberatung über die Beamtenabbauperordnung wurde ein Antrag angenommen, nach dem die in der Verordnung vorgesehene Abänderung des Reichsbeamten-gesezes, daß jeder Reichsbeamte sich die Verletzung in ein anderes Amt derselben Laufbahn, auch in ein solches von geringerer Range und planmäßigen Dienstverhältnissen, gefallen lassen muß, bis zum 31. März 1927 befristet wird.

Gestern nachmittag sind die Spitzenorganisationen der Beamten im Reichsfinanzministerium wegen sofortiger Auszahlung der Gehälter vorstellig geworden. Die Beamtenorganisationen überbrachten den Wunsch, daß statt des vorgesehenen Zahlungstermins vom 17. Dezember die Gehälter bereits am 15. gezahlt werden möchten, da diese Beamte schon jetzt über keine Vorräte mehr verfügen. Den Organisationen wurde wohlwollende Prüfung der geäußerten Wünsche zugesagt, wenngleich die finanzielle Lage des Reiches erhebliche Schwierigkeiten mache.

Die Geschäftszeit vor Weihnachten. Aus einer Bekanntmachung der Landherrenschaften im Einzelhandel ist ersichtlich, daß eine erweiterte Geschäftszeit im Einzelhandel in diesem Jahre nur am Sonntag, den 23. Dezember, zulässig ist. An diesem Tage darf eine Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter sowie ein Verkauf von 2 bis 6 Uhr nachmittags stattfinden. Die von uns gestern dem „Antifischen Anzeiger“ entnommene Bestimmung, daß an den fünf Werktagen vor Weihnachten (18. bis 22. Dezember einschl.) die Läden bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen, gilt demnach nur für die Stadt Hamburg, nicht aber für das Landgebiet.

Preisprüfungsstelle Bergedorf. Gestern nachmittag fand im Stadthaus die konstituierende Versammlung des Hauptaussschusses und der Unteraussschüsse bei der hiesigen Preisprüfungsstelle statt. Der Vorsitzende Herr Jander legte in kurzen Worten Aufgaben, Zweck und Befugnisse der Preisprüfungsstelle dar. Dem Hauptaussschuß gehören alle Mitglieder der Preisprüfungsstelle an. Zum Schriftführer wurde Herr Tonagel erwählt. Mitglieder des ersten Unteraussschusses, umfassend Kolonial-, Fettwaren und verwandte Artikel, sind W. Kaufmann, Große Straße 13, W. Brodmöller, Sachsenstraße 16, A. Tonagel, Mohnhof 19 a, I., E. Papenberg, Heinrich-Heine-Weg 21; des zweiten Unteraussschusses, umfassend Textilien, Hausstandsgüter und verwandte Artikel, Johs. Pätzke, Mohnhof 12, E. Eison, Sachsenstr. 18, E. Dräger, Schleiburgweg 10, Frau Hilbrandt, Birkenhain 8, H.; des dritten Unteraussschusses, umfassend Wälder, Schlachtwaren und verwandte Artikel, W. Erdmann, Große Straße 15, S. Minten, Große Straße 27, S. Götz, Sander Straße 3 a, Frau Rathow Wwe., Bergstr. 22, I.; des vierten Unteraussschusses, umfassend Grünwaren, Tabak und verwandte Artikel, A. Harber, Neue Straße 7, R. Viehl, Brunnenstraße 14, R. Wolter, Brunnenstr. 101 a, V. Abers, Deichstr. 31. Im Anschluß fand eine lebhafte Aussprache über die Preise in Bergedorf und deren Abbau statt.

Aufbringung der Mittel für die Erwerbstosenfürsorge. Wie die Berliner Blätter hören, ist von der Reichsregierung nicht beabsichtigt, die Erwerbstosenfürsorge durch ein neues Gesez zu regeln. Bereits jetzt würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit 20 Pro-

zent bei der Aufbringung der Mittel für die Erwerbstosenfürsorge herangezogen. Es soll ferner darauf hingewirkt werden, daß der den Ländern obliegende Pflichten vollständig geleistet wird. Feuerherde habe sich bereits zu dieser Leistung bereit erklärt. Auch die Gemeinden sollen in stärkerem Umfange als bisher herangezogen werden. Auf diese Weise würden die Mittel für die Erwerbstosenfürsorge wesentlich erhöht werden.

Wiederaufnahme der Kinderpeisung. Die niedersächsische Ausschuss für die Durchführung der Kinderpeisung hat beschlossen, die Peisung hier wieder aufzunehmen. Es sollen 200 Kinder aus allen Schulen bedacht werden; hierunter fallen auch die Schüler der Hansa- und Luisenschule. Die Peisung selber erfolgt wieder wie sonst durch die Beauftragten der Schulen.

Die preussische Grundvermögensteuer. Nach dem amtlichen preussischen Pressebericht ist die Grundvermögensteuer nicht als eine persönliche Vermögenssteuer, sondern als eine das Objekt treffende Grundsteuer zu betrachten. Von den Hauseigentümern können zur Grundsteuer Zuschläge für die Betriebskosten erhoben werden. Unter die Kosten fallen die für das Haus zu entrichtenden Steuern, insbesondere die Grund- und Gebäudesteuer.

Unterhaltungssabende der Bücherhalle. Die von dem Verein „Öffentliche Bücherhalle“ in früheren Jahren während des Winters regelmäßig abgehaltenen, aber durch die immer schwieriger sich gestaltenden finanziellen Verhältnisse zuletzt sehr eingeschränkten Volksunterhaltungssabende werden wieder zu neuem Leben erwehnt. Und das ist gut so! Denn gerade die Leitung der Bücherhalle hat es verstanden, durch literarische Darbietungen mancherlei Art der hiesigen Einwohnererschaft anregende Unterhaltung und geliche Peisung zu bieten. In ganz besonderem Maße ließ sie sich die Pflege unserer niederdeutschen Muttersprache angelegen sein. Auch der gestrige erste Abend dieser Winterreise, der in der gut besetzten Stadtschulaula stattfand, war der plattdeutschen Sichtung gewidmet und sah Rudolf Kluau am Vortragspult. In schlichter Natürlichkeit weiß dieser Internatwörter Heimatsdialekt nicht nur seine Landsleute, ihr Wesen und ihr Leben auf See und an Land zu schildern, auch die persönliche Wiedergabe seiner Schöpfungen mit so anheimelnd und treuerherzig an, daß man ihn immer wieder gern hört. Grieses und Heiters aus seinen Wäldern „Sitand-goot“, „Thees Bott“, „Winkföör“ und seinem neuesten Band „Hined Seehund“ wechselten miteinander ab. Eine humor, zu Herzen gehende und die Herzen rührende Weihnachtsbetrachtung bildete den Schluß der Vorträge, für die dem Dichter und Rezitator Kluau gleichermaßen lebhafter und herzlicher Dank gezollt wurde. Einleitend hatte Rektor Krehenbera beklammert, daß für diesen Winter noch drei weitere Unterhaltungssabende geplant seien, der nächste im Januar als Neujahrabend mit Ludwig Sternberg. Ermutigende Worte fielen auch für die Erwerbung der Mitgliedschaft der Bücherhalle (jährlicher Beitrag 3 M.).

Reisen auf Abfahrtsbahnen. Wie die Berliner Blätter melden, werden ab Montag an den Schaltern der Reichsbahn Reise-spargutscheine verkauft werden, die auf 2 und 5 Goldmark lauten und zu jeder Zeit von sämtlichen Fahrarten-Schaltern und Gepäckabfertigungen, auch bei Auslandsreisen, in Zahlung genommen werden. Auf diese Weise soll weiteren Kreisen die Mächtigkeit gegeben werden, für die etwa beabsichtigte Reise in Italien zu sparen.

Sande, 13. Dezember.

Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene erfolgt am Freitag, den 14. Dezember, ab 10 Uhr vormittags.

Gesehacht, 13. Dezember.

—d. Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. In der kürzlich stattgehabten Versammlung der Ortsgruppe Gesehacht und Gesehacht des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene wurde nach Erledigung wichtiger Angelegenheiten ganz besonders das Ermächtigungsgesez besprochen. Der Vorsitzende machte nachdrücklich auf die Folgen dieses Gesezes, speziell die Versorgungsberedung aufmerksam. Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen, die den zuständigen Stellen zugeandt werden soll: „Die in der heutigen Protestversammlung am besenden Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen haben von dem Inhalt der Personalabbauperordnung Kenntnis genommen und geben ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Personalabbauperordnung dazu benutzt worden ist, die soziale Kriegsoberfürsorge sowie die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen einzuschränken. Die Versammelten erheben gegen diese Maßnahmen heftigsten Protest und bitten die betroffenen Instanzen und Körperschaften, dahin wirken zu wollen, daß die Verordnung in der bestehenden Form außer Kraft gesetzt wird.“

Schiffbet, 12. Dez. In der vergangenen Nacht gegen 12 1/2 Uhr wurden auf der hiesigen Feldmark die Maria Emma Bertha Fett, geb. am 21. März 1896 in Adslin, und William Wilsen vom Dampfer „Mondley“ erschossen aufgefunden. Nach den gefundenen Papieren soll das Mädchen in Hamburg, in der Bremerstraße, gewohnt haben. Näheres über die Tat und die Motive ist bisher noch nicht bekannt. Anscheinend handelt es sich um die Tat St. ad. die.

Winsen a. d. 12. Dez. Zu dem gestrigen Schweinemarkt waren 146 Tiere angefahren. Es wurden für ein Hund Lebensgewicht etwa 0,50 bis 0,60 Goldmark gezahlt. Der Handel war mittelmäßig; der Markt wurde ziemlich geräumt.

Hamburg, 13. Dezember.

Reichswährungskommissar Dr. Hofmar Schacht traf heute mittag von Berlin hier ein und folgte nach einem Besuch der Handelskammer einer Einladung ins Haus des Bürgermeisters Dr. Diefel. Dr. Schacht spricht heute abend in einer geschlossenen Veranstaltung des Ueberseeklubs im Hotel „Atlantik“ und kehrt mit dem Nachzug nach Berlin zurück.

Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft. Unter Beteiligung von 80 Vertretern deutscher Kommunalbehörden, Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, Landeshauptleuten, Regierungspräsidenten und Delegierten der Reichs- und Staatsministerien tagt zurzeit im Hamburger Rathaus der Vorstand und der Arbeitsausschuß des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V.

Verlängerung der Weihnachtsferien. Die Oberstabsbehörde hat, um Feuerung zu sparen, beschlossen, die diesjährigen Weihnachtsferien der Schulen, die am 21. Dezember beginnen sollen, bis zum 13. Januar einschließlich zu verlängern.

Alsterbahn. Die Arbeiten an der Alsterbahn sind nunmehr zu Ende geführt, so daß die Bahn als fertiggestellt gelten kann. Die landespolizeiliche Abnahmeprüfung durch die Hamburger und preussischen Behörden soll am kommenden Dienstag vorgenommen werden.

Wiesener-Verkaufungen in einem Warenhaus. Eine von der Kriminalpolizei in der Wohnung einer in einem hiesigen Warenhaus beschäftigten Verkäuferin vorgenommene Hausdurchsuchung brachte zahlreiche aus dem betreffenden Warenhaus stammende Verkaufsgegenstände zutage. Die Verkäuferin gelang ein, die Sachen durch die Vermittlung ihres Abteilungschefs zu Spottpreisen, noch unter einem Viertel des wirklichen Wertes „gelockt“ zu haben. Die weitere Nachforschung führte nun zur Aufdeckung von Kleinunterverkaufungen und Betrügereien, ausgeführt von dem Abteilungsleiter A., einem der Polizei gut bekannten Mann, und mehreren dem A. unterstellten Verkäuferinnen. In den Wohnungen der Verkäuferinnen wurden Sachen beschlagnahmt, die zusammengetragen, ein ganzes Warenlager darstellten. A. war bereits vor einigen Jahren wegen begangener Straftaten ins Ausland geflüchtet. Neuzugewandert für ihn ist, daß er, obwohl verheiratet, mit mehreren der jungen Mädchen Liebesverhältnisse unterhält, sich auch mit einem derselben verlobt und seine Braut auf Kosten der Firma verkauft.

Altona, 12. Dez. Ein großer Silberschatz wurde dieser Tage im hiesigen Stadtpark gefunden. Beim Ausgraben von Baumstümpfen zwischen dem Schulgarten und Bauernhaus stießen Arbeiter auf